

PARLAMENTSREDE von Andreas Otto, MdA – Bau- und wohnungspolitischer Sprecher der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus von Berlin – 16. Wahlperiode, 81. Sitzung vom 14. April zum Thema: **Mehr Sicherheit durch Rauchmelder – Gesetz zur Änderung der Bauordnung für Berlin** [Drs 16/4050](#)

Andreas Otto (Grüne)

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jedes Jahr haben wir 5 000 bis 6 000 Brände in Wohngebäuden in Berlin. Menschen kommen ums Leben. Die Brände werden verursacht durch technische Defekte, durch Fahrlässigkeit oder durch Brandstiftung. Kriminelle legen Feuer, zünden Kinderwagen, Möbel oder was sich sonst noch in einem Treppenhaus, einem Treppenflur befindet, an, verwenden vielleicht noch Brandbeschleuniger. Ein Feuer breitet sich aus. Die Treppenhäuser, die Wohnungen verrauchen, Menschen werden vergiftet. Wir alle haben von den schlimmen Fällen in Neukölln, Sonnenallee, oder von der Brandserie in Hellersdorf gelesen und überlegen natürlich, was man da tun kann.

Die Kriminalstatistik – sie tauchte heute schon auf – zeigt in der Kategorie „Vorsätzliche Brandstiftungen und Herbeiführung einer Brandgefahr“ seit dem Jahr 2008 einen leichten Anstieg auf 848 erfasste Fälle im vergangenen Jahr 2010. Die Aufklärungsquote liegt hier bei etwa 17 Prozent. Ich finde, das ist nicht sehr viel. Die Brandstiftung in Wohnhäusern ist nicht das einzige Delikt, aber es ist darin enthalten.

Diese Anschläge sind heimtückisch, und man steht etwas hilflos dabei, wenn es brennt, wenn da Menschen vielleicht im Schlaf oder auch am Tag vergiftet werden und ums Leben kommen. Wir als Bündnis 90/Die Grünen haben überlegt: Was kann man tun? Wir sind nicht ganz allein. Die Debatte, die der Innensenator im vergangenen Jahr geführt hat, drehte sich auch schon um die Rauchmelder. Andere Möglichkeiten des Brandschutzes wären: Vermeidung von Gelegenheiten zur Brandstiftung, etwa indem man keine Kinderwagen, keinen Sperrmüll, keine Sofas oder dergleichen mehr im Hausflur aufstellt. Das ist ein Appell an alle, das zu vermeiden. Das wird aber nicht immer klappen. Was kann man noch tun? – Technischer Brandschutz, Sprinkleranlagen oder die Rauchwärmeabzugsanlagen, die in Neubauten ja vorgeschrieben sind. In Altbauten sind sie nicht vorgeschrieben. Man könnte sich überlegen, das verpflichtend zu machen. Das wäre eine gewisse Investition. Oder man arbeitet mit Signaleinrichtungen, und das wollen wir.

Wir wollen, dass Menschen, wenn es brennt, davon erfahren, und die müssen dann natürlich wissen, wie sie sich zu verhalten haben. Eine Aufklärungskampagne gehört immer dazu. Wir müssen die Menschen darüber aufklären, wie man sich im Brandfall verhält, wie man Fluchtwege findet, was man tut, wie man die Feuerwehr ruft und all diese einfachen Dinge, wo jeder von uns hier denkt: Na, das ist doch ganz logisch! – Aber viele Menschen wissen das nicht. Gucken Sie sich mal an! Wenn es jetzt hier brennen würde, weiß ich nicht, wer von Ihnen sofort weiß, was zu tun ist. Ich kann mir vorstellen, da stehen doch auch einige hilflos in der Gegend herum. Also wir wollen eine Aufklärungskampagne, und wir wollen die Rauchmelder in Wohngebäuden. Das ist unser Vorschlag im Zusammenhang mit einer Änderung der Bauordnung.

[Beifall bei den Grünen]

Wir wollen in Treppenhäusern von Wohngebäuden mit mehr als zwei Geschossen solche Rauchmelder montiert sehen. Wir wollen, dass das innerhalb einer Nachrüstzeit von zwei Jahren in allen Berliner Mehrfamilienhäusern geschieht, und wir wollen natürlich, dass das geeignete Geräte sind.

[Zuruf von Sebastian Czaja (FDP)]

– Herr Czaja! Seien Sie bitte still, oder stellen Sie eine Frage! – Wir müssen gewährleisten, dass die Leute sich richtig verhalten, wenn so ein Rauchmelder anschlägt. Das heißt, sie

dürfen z. B. nicht ins Treppenhaus rennen. Das ist ein Problem. Die müssen so informiert sein, dass sie sich richtig verhalten und wissen, was zu tun ist.

Wir wollen, dass wir das hier diskutieren. Mir ist vorhin schon von Frau Haußdörfer entgegengehalten worden: Die anderen Länder machen das anders in ihren Landesbauordnungen. Die haben die Pflicht in den Wohnungen eingeführt. – Auch das kann man natürlich diskutieren. Das ist eine sehr aufwendige Geschichte, und es ist möglicherweise ein Gesetz, das schwer auf Einhaltung zu kontrollieren ist. Stellen Sie sich vor, Sie müssten in jeder Wohnung in einem bestimmten Zyklus oder Turnus kontrollieren, ob die Dinger da sind, ob sie funktionieren. Das stellen wir uns in den Treppenhäusern sehr viel einfacher vor. Deswegen ist unser Vorschlag, das zunächst da zu tun, das mit einer Informationskampagne zu verbinden, und dann hoffen wir, dass wir diese schlimmen Folgen der Brandstiftung wie gerade in diesem und im letzten Jahr in Zukunft vermindern können und nicht mehr erleben müssen.

Ich glaube, in der Debatte befinden wir uns in guter Gesellschaft. In der Plenarsitzung am 31. März, also vor 14 Tagen, hat sich auch die SPD in Person von Frau Hertel für die Rauchmelderpflicht ausgesprochen. Sie sagte hier:

... aber wir kommen nicht umhin, das künftig mit einem entsprechenden Gesetz zu regeln und in Berlin die Rauchmelderpflicht einzuführen.

Ich denke, dass wir da gemeinsam mit der SPD und den anderen Fraktionen eine gute Lösung finden werden. Ich hoffe auf eine konstruktive Debatte in den Ausschüssen und hoffe dann auf Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank!

[Beifall bei den Grünen]